

Leaks, Chaos, Sabotage: Was Trumps Friedensverhandlungen so schwierig...

Sebastian Thormann

In den Friedensgesprächen für den Ukraine-Krieg überschlagen sich gerade die Ereignisse: Letzte Woche war ein von Trump und offenbar russischer Seite abgesegneter Entwurf eines Friedensplans publik geworden. Nachdem europäische Politiker sich kurzzeitig gelassen gaben, war dann die Aufregung groß: Die Rede war gar davon, dass die Amerikaner binnen weniger Tage die Unterstützung für die Ukraine einstellen könnten, wenn sie dem Deal – den man hierzulande breit als eine Art russischen Diktatfrieden interpretierte – nicht bis Thanksgiving (diesen Donnerstag) zusagen.

Man solle Trumps Vorschlag lautstark ablehnen, forderten viele Stimmen. Macron, Starmer und Merz schalteten sich zu Krisentelefonaten zusammen. Später stellte US-Außenminister Marco Rubio klar: Es gibt keine feste Thanksgiving-Frist. Zudem hieß es dann: Der Plan war zunächst ein erster Entwurf – Änderungswünsche, gerade von ukrainischer Seite, ist man bereit aufzunehmen.

Genau das passierte dann auch: In Genf führten amerikanische Vertreter mit Ukrainern die nächste Runde an Gesprächen. Diese seien „sehr produktiv“ gelaufen, erklärte Rubio, der dafür vor Ort in der Schweiz war. Ergebnis war offenbar ein weiterer Entwurf, der auf dem ursprünglichen Plan aufbaut. Wie genau er aussieht, ist dabei offiziell nicht bekannt. Die Rede ist nun von einem 19-Punkte-Plan.

So berichtete etwa der US-Sender *CBS*, dass die Ukraine einem leicht abgewandelten Plan zugesagt hätte, der bis auf „wenige offene Fragen“ bereits fertig sei. Zugleich begannen parallel dazu offenbar Verhandlungen in Abu Dhabi zwischen den USA und Russland – auf US-Seite angeführt von Army-Chef Dan Driscoll. Mit dabei offenbar auch ukrainische Vertreter: Laut *Kyiv Post* wird die Delegation angeführt von Militärgeheimdienstchef Kyrylo Budanov.

Der nächste Schritt, der nun im Raum stand, war eigentlich ein Besuch von Driscoll in Kiew und US-Sondergesandtem Steve Witkoff in Moskau. Witkoff war im Verlauf dieses Jahres zu einer der Schlüsselfiguren in den Verhandlungen aufgestiegen – und steht wie kaum ein anderer für die sich ständig verschiebenden Hierarchien in der Trump-Regierung. Ursprünglich als Sondergesandter für Frieden im Nahen Osten ernannt, war er bereits seit den ersten Tagen im Amt eine Art Konkurrenz-Gesandter zu Keith Kellogg, dem eigentlichen US-Sondergesandten für die Ukraine.

Lesen Sie auch:





Inzwischen hat Witkoff Kellogg an Einfluss in der Trump-Administration klar verdrängt. Er war nicht nur bei den Gaza-Waffenstillstandsverhandlungen einer der zentralen US-Vertreter, sondern nun eben auch in der Ukraine-Frage. Wie eine Bombe schlug nun ein *Bloomberg*-Bericht ein, der gerade Witkoff ins Visier nahm: Das US-Portal wirft ihm vor, sein russisches Gegenüber, Yuri Ushakov, dabei beraten zu haben, wie man einen neuen russischen Friedensplan am besten dem US-Präsidenten präsentiert.

Der darauffolgende Aufschrei war erwartungsgemäß enorm: Kritiker werfen Witkoff jetzt Landesverrat vor – auch wenn Trump ihn in Schutz nimmt. Liest man sich das Transkript des Anrufs durch, kann man sicherlich verschiedene Interpretationen daraus ziehen: Ebenso gut kann man seinen Rat, dass Ushakov auf Putin einwirken solle, in hoffnungsvolleren Worten und unter Verweis auf den Gaza-Deal zu sprechen, als eine Art Einwirken verstehen, sodass der russische Präsident offener gegenüber Trump auftritt. Eine tatsächliche Verschwörung liest sich jedenfalls nicht heraus.

Dennoch ist klar, dass der lockere Anruf – und das Einfädeln eines Putin-Telefonats mit Trump kurz vor einem Selenskiy-Treffen – als zumindest eine Art eigene Agenda herüberkommt. Diesen Eindruck jedenfalls scheinen einige in der Trump-Regierung zu haben. Bei weitem nicht alle ziehen in der Frage am gleichen Strang – und Zuständigkeiten scheinen teils willkürlich verteilt. Sie haben oft mehr mit Vertrauen und Nähe zum Weißen Haus als mit ihrer formellen Rolle zu tun, wie der ursprüngliche Nahost-Gesandte Witkoff beweist.

Dan Driscoll etwa gilt als Teil des Vance-Lagers im Weißen Haus – er selbst war Klassenkamerad des Vizepräsidenten und vor seiner Ernennung in der republikanischen Politik aktiv. Er ist „Secretary of the Army“, als Armee-Minister im Pentagon und damit eigentlich Kriegsminister Hegseth untergeordnet. Der spielt aber in den Ukraine-Verhandlungen keine wirkliche Rolle. Parallel zu seinem Job als Army-Chef ist Driscoll dabei auch noch kommissarisch Chef der inländischen US-Waffenbehörde ATF. Auch das unterstreicht: In nicht wenigen Fragen der Regierungspolitik Trumps geht es aktuell nicht darum, wer welche formelle Rolle hat, sondern viel eher darum, welches Netzwerk und welchen Zugang zum Präsidenten.

Driscoll ist dabei freilich nicht der einzige mit einer Doppelrolle: Marco Rubio ist dabei wohl der prominenteste Fall und auch jetzt in die Verhandlungen direkt involviert. Er ist seit Beginn von Trumps zweiter Amtszeit Außenminister und ersetzte zudem später Mike Waltz als Nationalen Sicherheitsberater.

In Trumps Orbit gibt es – zusätzlich zum einflussreichen Vance – nun also drei verschiedene Figuren, die in verschiedener Rolle Friedensverhandlungen führen: Witkoff, Driscoll und Rubio. Inwieweit es zwischen den dreien Konflikte gibt, ist von außen schwer genau zu sagen. Klar ist: Der jüngste Leak – der wohl kaum aus der Chefetage der Regierung kam – sabotierte Witkoff massiv.

Einher mit den verschiedenen Personen und Netzwerken um Trump gehen dabei auch verschiedene Vorstellungen davon, wie man in der US-Außenpolitik verfahren sollte. Trump selbst hat bekanntlich unterschiedliche Instinkte: Grundsätzlich ist er kritisch gegenüber langwierigen US-Interventionen, zugleich sieht er es immer wieder als wichtig, Stärke auch durch Militärschläge zu zeigen, die dabei auch weitergehen als das, was sich seine Vorgänger trauten.

Wie nun also Trumps Außenpolitik gemacht wird, hängt stark davon ab, wer ihm welche Optionen präsentiert oder ihn davon überzeugen kann. Vance gilt dabei als deutlich stärker im interventionskritischen Lager als etwa Rubio.

Das zeigte sich bei den publik gewordenen Textnachrichten rund um Trumps Luftschläge gegen die islamistischen Huthi-Rebellen, die immer wieder den internationalen Schiffsverkehr attackieren. „Ich glaube, wir begehen einen Fehler“, meinte der Vize damals und drängte in internen Diskussionen auf einen Abbruch der Luftschläge. Er setzte sich am Ende nicht durch, die Episode zeigte aber einmal mehr, wie die außenpolitischen Konfliktlinien innerhalb der Regierung verlaufen. Auch das macht die Verhandlungen und das Jonglieren mit den verschiedenen Entwürfen für einen Ukraine-Friedensplan so unvorhersehbar.